

Soziale Ungleichheit weiter reproduziert

Matthias Bärwolff: Die Kinderförderung über das Finanzamt muss ein Ende haben

Die Pläne der SPD zur Reform des Kindergelds gehen am Problem vorbei. „Soziale Ungleichheit wird immer weiter reproduziert, wenn sich die Höhe der staatlichen Förderung auf das Einkommen bezieht“, kommentierte Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, die SPD-Ankündigungen.

Der Abgeordnete verwies darauf, dass die Kinderförderung in Deutschland sozial höchst ungerecht ist: „Kinder, deren Eltern mehr verdienen, erhalten höhere Zuschüsse als diejenigen, die am untersten Rand der Einkommensverteilung leben müssen. Diejenigen, die im Bezug von Hartz IV sind, bekommen gar kein Kindergeld, weil es den Familien als Einkommen vom Regelsatz abgezogen wird. Sie profitieren auch nicht von einer etwaigen Erhöhung.“

Die SPD verspiele die Chance, die gesamte Kinderförderung vom Kopf auf die Füße zu stellen, „wenn sie sich nicht für eine solidarische Kindergrundsicherung einsetzt. Denn die Förderung von Kindern muss unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern erfolgen“, so hatte der Landtagsabgeordnete der Linksfraktion unterstrichen und betont, dass „die Kinderförderung über das Finanzamt ein Ende haben muss“.

Matthias Bärwolff in seiner Pressemitteilung weiter: „Es ist grotesk, dass Besserverdienende eine Vielzahl von Familienförderleistungen in Anspruch nehmen können, wie Ehegattensplitting, Kinderfreibeträge, Elterngeld oder das unsägliche Betreuungsgeld, und Geringverdienende und Familien mit niedrigen Einkommen meist leer ausgehen. Die SPD täte gut daran, sich die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu sozialer Benachteiligung und Ungleichheit anzuschauen. Dort sind all die Wir-

kungen der ungerechten Familienpolitik beschrieben.“

Bessere Unterstützung für soziale Einrichtungen

Mit Blick auf wachsende Ausgaben und Probleme von sozialen Einrichtungen in Thüringen wird die Linksfraktion für den jetzt im Januar vom Landtag zu beschließenden Doppelhaushalt 2013/2014 für das Land Thüringen



die Anpassung der Zuschüsse für Frauenhäuser, Frauenzentren, aber auch für Verbraucherberatungsstellen, beantragen, informierte Matthias Bärwolff.

„Es muss auf die gestiegenen Kosten der Einrichtungen reagiert werden, die z.B. für Mieten und Energie höhere Ausgaben haben“, sagte der Sozialpolitiker und verwies zudem darauf, dass in der Linksfraktion Einigkeit darüber besteht, auch entsprechende Anträge zum Etatentwurf einzubringen, damit den Beschäftigten nach vielen Jahren der „Nullrunden“ Gehaltssteigerungen ermöglicht werden können. „Nur wenige Träger und Einrichtungen im Sozialbereich sind tariflich gebunden und

können ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gehälter zahlen, die für ihre schwierige Tätigkeit angemessen wären“, so der Abgeordnete weiter. Hingegen sehe der Regierungsentwurf des Haushaltsplans für den Bereich Soziales auch in diesem Jahr keine diesbezüglichen Steigerungen vor.

„Die Landesregierung hat im Sozialwirtschaftsbericht zwar deutlich ausgeführt, wie wichtig die sozialen Dienstleistungen für den Freistaat und

seine Wirtschaft sind, allerdings gibt es keinerlei Aussagen dazu, unter welchen Bedingungen, insbesondere im Bereich Entlohnung, die Beschäftigten arbeiten“, kritisierte Matthias Bärwolff und kündigte an, dieses Thema mit einer Reihe von parlamentarischen Anfragen verstärkt in den Fokus zu nehmen. Der Landtagsabgeordnete, der

auch dem Erfurter Stadtrat angehört, sagte zudem: „Aus der kommunalen Arbeit im Jugendhilfeausschuss Erfurt weiß ich, wie knapp die Gelder u.a. für Sachkosten sind. Da werden Sozialarbeiter schnell zu Gärtnern, wenn es ums Außengelände geht, oder zu Reinigungskräften, die ihre Jugendhäuser säubern müssen. Zudem haben nur die wenigsten Sozialarbeiter in Erfurt eine volle Stelle mit einem Gehalt, welches dem im öffentlichen Dienst entspricht.“

Archiv-Foto: Matthias Bärwolff auf der Kinderarmutskonferenz der Landtagsfraktion der LINKEN im Februar 2011 an der Fachhochschule in Erfurt

VON A BIS Z:

Online-Diskussion

Das Online-Diskussionsforum des Landtags hat nach Ansicht von MdL Karola Stange ergeben, dass sich die Mehrheit für ein Gleichstellungsgesetz ausspricht. Die LINKE sieht sich bestätigt, „denn wir haben lange vor der Landesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Gleichstellung von Frauen und Männern in Thüringen voranbringen soll“.

Die Einschätzungen zu festen Quoten, Sanktionen oder die Größe der Kommunen, in denen es Gleichstellungsbeauftragte geben müsse, bestätigten ebenfalls mehrheitlich das Ansinnen der LINKEN. Richtig sei, dass es grundsätzliche Kritik an finanziellen Belastungen für Kommunen gebe. „Das von uns vorgeschlagene Budget von 0,20 Euro pro Einwohnerin und Einwohner für die Arbeit der Beauftragten soll den Kommunen jedoch von der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden.“

Grundsätzlich sei ein Online-Diskussionsforum eine gute Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger bei der Debatte um Gesetzentwürfe einzubinden. „Allerdings sollte dann allen die gleiche Zeit für die Diskussion zustehen. Es kann nicht sein, dass die vorgesehenen 28 Tage dadurch verkürzt werden, dass die Debatte an den Feiertagen abgeschaltet, die Zeit aber nicht entsprechend verlängert wird.“ Hier sieht DIE LINKE für zukünftige Online-Diskussionen des Landtags eindeutig Verbesserungsbedarf, so die gleichstellungspolitische Sprecherin.

www.forum-landtag.thueringen.de/

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die ersten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags im neuen Jahr finden in der Zeit vom 23. bis 25. Januar statt. Im Februar sind für den 14. und 15. Landtagssitzungen geplant.

Ausstellung:

Die Multikulturelle Integrationsgruppe Jena e.V. zeigt im Fraktionsflur der LINKEN im Landtag (4. Etage) die Fotoausstellung „EUROPÄISCHES FORUM. Frauen, Männer, junge Leute in Thüringen angekommen“. Festliche Ausstellungseröffnung am Mittwoch, den 23. Januar, um 13 Uhr.

Weitere tagesaktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag: www.die-linke-thl.de.

Spielbank

Wegen der widersprüchlichen Aussagen zur Zukunft der Erfurter Spielbank beschäftigt sich auf Antrag der LINKEN der Haushalts- und Finanzausschuss im Landtag mit der Problematik. Dies sei umso notwendiger, „da wir jetzt so nebenbei erfahren, dass das Land Thüringen noch immer die Miete für die Spielbank bezuschusst“, sagte MdL Frank Kuschel. Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, „dazu Stellung zu nehmen, wie sich die aktuelle Situation der Erfurter Spielbank darstellt, welche finanziellen Auswirkungen auf das Land Thüringen und den Landeshaushalt sich daraus ergeben bzw. ergeben können und wie die Landesregierung mit diesen Auswirkungen umgehen will“.

Gefängnisse

Bei der auf Antrag der Fraktion DIE LINKE anberaumte Sondersitzung der Strafvollzugskommission des Thüringer Landtages geht es insbesondere um die aktuelle Situation in der Justizvollzugsanstalt Tonna. MdL Karola Stange, Mitglied der Kommission, verwies im Vorfeld auf nicht ausreichende soziale Unterstützungsangebote zur Vorbereitung der Resozialisierung und kündigte kritische Nachfragen an.

„Vor allem aber muss sich die Kommission auf der Sondersitzung mit der Lösung der Probleme bei der personellen und inhaltlichen Versorgung der Gefangenen im Bereich Medizin und Therapie beschäftigen“, fügte die LINKE-Abgeordnete Sabine Berninger hinzu.

Ladenöffnungsgesetz

Mit Blick auf die von Möbelhäusern eingereichte Verfassungsklage gegen das Thüringer Ladenöffnungsgesetz sagte MdL Karola Stange: „Nachdem die FDP sich als Türöffner für eine Aufweichung der Rechte der Arbeitnehmer versucht hat, will nun ein kleiner Teil der Arbeitgeber gerichtlich gegen jede Chance auf ein geregeltes Familienleben vorgehen. Aber Profitstreben darf nicht vor Familienfreundlichkeit gehen und wir hoffen auf eine entsprechende Entscheidung.“ MdL Ina Leukefeld ergänzte: „Wenn die Möbelhäuser scheinheilig erklären, dass jeden Samstag zu arbeiten im Interesse der Arbeitnehmer sei, so vergessen sie dabei die von ihnen verschuldete Ursache – die prekären Löhne.“